

Pressemitteilung - zur sofortigen Veröffentlichung

„Tatort Klimazerstörung: In Ihrer Nähe“

Im Rahmen der bundesweiten Campact-Kampagne („Tatort Klimazerstörung: In Ihrer Nähe“) fand am 25.6.2019 um 16 Uhr eine Kundgebung zum Klimaschutz mit etwa 50 Teilnehmern vor dem CDU-Büro statt. Es wurde der Umriss einer Erde auf dem Pflaster dargestellt Mit Absperrband und Schildern umrahmt.

Das Bild der CDU-Parteibüros als Tatort spielt darauf an, dass Untätigkeit die Grundlage menschlichen Lebens weltweit zu zerstören droht. Dürresommer und Waldbrände, Hitzetote und Klimaflüchtlinge sind inzwischen Normalität. In Deutschland verursachten Extremwetterereignisse als Folge des Klimawandels 2018 Schäden in Milliardenhöhe.

In weiten Teilen der Öffentlichkeit entsteht der Eindruck, dass die Union wirksame Vorschläge für Klimaschutz ignoriert, blockiert oder verzögert – von der Energiewende bis zum Tempolimit, vom Klimaschutzgesetz bis zum CO₂-Preis. Im internationalen Vergleich fällt Deutschland deshalb immer weiter zurück und belegt bei den Anstrengungen zum Klimaschutz derzeit den 27. Platz hinter Ländern wie Ägypten und Brasilien (<https://www.climate-change-performance-index.org/>).

Auf Bundesebene forderten die Organisatoren die CDU Karlsruhe deshalb auf, sich in ihrer Partei einzusetzen für

- einen schnellen Kohleausstieg (gemäß Entwurf von Greenpeace und Client Earth <https://www.greenpeace.de/presse/publikationen/kohleausstiegsgesetz>),
- die Verabschiedung eines wirksamen Klimaschutzgesetzes,
- die Einführung einer sozialverträglichen CO₂-Bepreisung,
- den Abbau von Subventionen für die fossile Energiewirtschaft,
- die sofortige Rücknahme der Deckelung für Photovoltaik,
- den Abbau von regulatorischen Hindernissen, die bewirken, dass der Neubau von Windenergieanlagen an Land stark rückläufig ist (40 000 Arbeitsplätze sind derzeit in der Windbranche akut gefährdet, s. <https://www.volker-quaschning.de/datserv/ren-Strom-D/index.php>).

Das wäre eine Kinder- und Enkeltaugliche Politik im Einklang mit Grundgesetz §20a: “Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen für zukünftige Generationen”.

Fr. Jäger von der CDU Karlsruhe unterstrich, dass sie Klimaschutzmaßnahmen nur in einem globalen Kontext für wirksam und sinnvoll hält. Das Kohleausstiegsgesetz verzögere sich weil aktuell die Möglichkeit eines Ausstiegs bis 2035 geprüft werde.

Anschließend wurden die Forderungen von Fridays-for-Future Karlsruhe diskutiert:

- Ausrufung des sofortigen Klimanotstands für Karlsruhe,
- Rheinhafen-Dampfkraftwerk RDK7 abschalten bis 2021,
- kostenlose Nutzung des Öffentlichen Nahverkehrs,
- Installation von Photovoltaikanlagen erhöhen und fördern,

- Erhöhung der öffentlichen Investitionen in Fuß- und Radverkehrsinfrastruktur,
- Netto 0 bei CO₂-Emissionen für die Karlsruher Verwaltung bis 2030.

Durch die Umsetzung könnte die Stadt Karlsruhe ihren notwendigen Beitrag zur Einhaltung der Klimaschutzziele von Paris leisten.

Fr. Jäger, CDU, und Fr. Nagel, CDU, wiesen darauf hin, dass die CDU in ihrer Geschichte bereits sehr viele Umweltmaßnahmen beschlossen hat und hoben besonders die Einführung von Umweltschutz als Staatsziel hervor. Außerdem sei es sehr wichtig, ausgewogen und besonnen zu handeln und populistische Maßnahmen zu vermeiden. Dabei müssten die Interessen aller Bevölkerungsgruppen Berücksichtigung finden, insbesondere der ökonomisch weniger Privilegierten.

Fr. Rüdinger drängte auf wirksame und schnelle Maßnahmen zum Klimaschutz - um das Schlimmste zu verhindern, symbolisch dargestellt durch ein "die in" der Karlsruher Gruppe von Extinction Rebellion.

initiiert von dem Karlsruher Bündnis für gerechten Welthandel



in Kooperation mit

attac Karlsruhe (<http://attac-netzwerk.de/index.php?id=77099>)

Extinction Rebellion Karlsruhe (karlsruhe@extinctionrebellion.de)

FossilFree Karlsruhe (<https://fossilfreeka.de>)

Fridays for Future Karlsruhe (<https://fridaysforfuture.de/regionalgruppen/>)